



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

58. Sitzung (öffentlich)

29. Oktober 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 19:10 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD)

Protokoll: Heinz-Uwe Müller

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

9

Der Ausschuss beschließt, TOP 16 als TOP 1 zu behandeln. Des Weiteren beschließt er, TOP 15 auf Wunsch der Piraten von der heutigen Tagesordnung abzusetzen und ihn in der Sitzung des Ausschusses am 19. November 2014 aufzurufen. - Die Nummerierung der Tagesordnungspunkte ändert sich entsprechend.

1 Elternassistenz für gehörlose Eltern durch Kostenübernahme für Gebärdendolmetscher

10

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/1617

Der Antrag der CDU-Fraktion - Drucksache 16/1617 - wird mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen - bei Befürwortung

durch die Fraktionen der CDU, der FDP und der Piraten -
abgelehnt.

**2 Gesetz zum Ausbau des Kinderschutzes in Nordrhein-Westfalen -
Änderung des Heilberufegesetzes (HeilBerG) - 19**

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4819
APr 16/566

Der Gesetzentwurf der Oppositionsfraktionen CDU, FDP und
Piraten - Drucksache 16/4819 - wird mit den Stimmen der
Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei
Befürwortung durch die Fraktionen von CDU, FDP und
Piraten abgelehnt.

Ministerin Steffens bietet an, eventuell ein rechtliches
Gutachten zur angesprochenen Problematik „Rechtssicher-
heit für Ärztinnen und Ärzte“ in Auftrag zu geben.

**3 Ausführungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen zum Schwan-
gerschaftskonfliktgesetz (Schwangerschaftskonfliktgesetz-Ausfüh-
rungsgesetz - AG SchKG) 24**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6095
APr 16/681

Der Ausschuss beschließt einmütig, dass zu dem Antrag
Drucksache 16/6095 kein Votum abgegeben wird.

4 Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen 25

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2333

Der Ausschuss beschließt auf Antrag der Piratenfraktion
einmütig, diesen Punkt auf die nächste Tagesordnung zu
setzen.

5 Hausärztliche Versorgung in allen Landesteilen sichern 26

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/3232

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/5491

In Verbindung mit:

Sicherstellung der Ausbildung von Pharmazeutisch-technischen Assistentinnen und Assistenten (PTA)

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/3445
APr 16/562

Nach Auswertung der Anhörung zum Thema "Hausärzteversorgung" schlägt der Vorsitzende ohne Widerspruch vor, in der Sitzung dieses Ausschusses am 21. Januar 2015 über ein eventuelles Ergebnis bezüglich der Hausärzteversorgung auf Bundesebene zu beraten. In dieser Sitzung wird auch über die entsprechenden Anträge entschieden werden.

Es findet eine Auswertung der Anhörung zum Thema "Sicherstellung der Ausbildung von Pharmazeutisch-technischen Assistentinnen und Assistenten" statt. - Der Vorsitzende schlägt ohne Widerspruch vor, diesen Tagesordnungspunkt in einer der Sitzungen im November 2014 zu einer abschließenden Beratung aufzurufen.

6 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015) 34

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6500 und Ergänzung Drucksache 16/6710 sowie
zweite Ergänzung Drucksache 16/6990

a) Einzelplan 11 - Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales
Vorlage 16/2175

- b) Einzelplan 15 - Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter
Vorlage 16/2162

Der Vorsitzende stellt fest, dass sich die Obleuterunde am 2. Oktober 2014 darauf geeinigt hat, dass Fragen bezüglich des Haushalts 2015 im Haushalts- und Finanzausschuss gestellt werden sollen. - Die Schlussberatung wird in der Sitzung dieses Ausschusses am 19. November 2015 erfolgen.

7 Entwurf einer Siebten Verordnung zur Änderung der Verordnung über Zuständigkeiten im Arzneimittelwesen und nach dem Medizinproduktegesetz

35

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2176

Der Ausschuss nimmt den Entwurf der Verordnung zur Kenntnis und erhebt keine Einwendungen.

8 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Durchführung von Modellvorhaben zur Weiterentwicklung der Berufe in der Alten- und Krankenpflege, für Hebammen, Logopäden und Ergotherapeuten

36

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2264

Der Ausschuss nimmt den Entwurf der Verordnung zur Kenntnis und erhebt keine Einwendungen.

9 Bericht über die Umsetzung von Barrierefreiheit in den Landesministerien

38

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2233

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis. - Der Vorsitzende bittet Minister Schneider, im Kabinett noch einmal die Frage anzusprechen, ob die Schwerbehindertenvertreter in allen Ministerien bei Fragen des behindertengerechten Umbaus mit einbezogen werden.

10 Arbeitsschutz effizient gestalten**41**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/3446
APr 16/569

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, den Antrag der CDU am 19. November 2014 noch einmal auf die Tagesordnung zu setzen.

11 Fachkräfte- und Auszubildendenbedarf in Nordrhein-Westfalen sichern - Ausbildungs- und Jobperspektiven für Jugendliche aus südeuropäischen Ländern schaffen**44**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/3449
APr 16/570

Der Antrag der FDP - Drucksache 16/3449 - wird gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen - bei Enthaltung der Fraktion der Piraten - abgelehnt.

12 Aussetzung der Sanktionen im ALG II Bezug**49**

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4162
APr 16/571

Der Ausschuss ist einvernehmlich damit einverstanden, dass dieser Tagesordnungspunkt auf einer der nächsten Sitzungen dieses Ausschusses erneut aufgerufen wird. - Die Piraten beantragen, über eventuell in der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft erarbeitete Änderungsvorschläge informiert zu werden.

13 Betreuung und Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen in NRW verbessern - Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt muss Vorrang vor öffentlich geförderter Beschäftigung haben **52**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/6681

Die FDP beantragt eine Anhörung zu dem Thema dieses Tagesordnungspunktes.

14 Freie Berufe in Nordrhein-Westfalen stärken: Europäisches Semester kritisch begleiten **53**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/6134

Der Ausschuss beschließt, sich an der Anhörung des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk zu dem Thema dieses Tagesordnungspunktes am 26. November 2014 nachrichtlich zu beteiligen.

15 Mobilität für alle! Sozialticket flächendeckend und zu fairen Konditionen in Nordrhein-Westfalen einführen **54**

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5277
APr 16/615

Der Antrag der Piraten - Drucksache 16/5277 - wird gegen die Stimmen der Piraten von allen anderen Fraktionen abgelehnt.

16 Verschiedenes **55**

1. Studie "Prävention von Wohnungslosigkeit in Nordrhein-Westfalen":

Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis, dass die vom Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales bei der Gesellschaft für innovative Sozialforschung e. V. in Bremen in Auftrag gegebene Studie von den Autoren - Dr. Ekke-Ulf Ruhstrat und Dr. Volker Busch-Geertsema - in der Sitzung dieses Ausschusses am 19. November 2014 vorgestellt werden soll.

2. Teilnahme einer Delegation am 80. Fürsorgetag in Berlin:

Die Teilnahme ist zunächst für alle Ausschussmitglieder offen. Wenn es überbordende Anmeldungen gibt, muss noch einmal über den Verteilerschlüssel gesprochen werden. Die Teilnahme umfasst alle Tage des Fürsorgetages. - Die Anmeldung soll bis Mitte November 2014 an das Ausschusssekretariat erfolgen.

3. Beschluss über anstehende Anhörungen:

Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 16/5468: „Bürokratieabbau“: 4. Februar 2015 (Bedarfstermin), Beginn 10 Uhr. Pro Fraktion kann je ein Sachverständiger benannt werden.

Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 16/5288: „Zukunft der Geburtshilfe“: 4. Februar 2015, Beginn 13:30 Uhr. Pro Fraktion kann je ein Sachverständiger benannt werden.

Antrag der Fraktion der Piraten, Drucksache 16/5478: „Cannabis legalisieren - Drogenpolitik neu ausrichten“: 4. Februar 2015, Beginn 15:30 Uhr. Es sollen zehn Sachverständige gehört werden.

4. Beschluss über Sachverständige zur Anhörung 26. November 2014 zum „AG-SGB II NRW“:

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich den vom Vorsitzenden für die Anhörung vorgeschlagenen Sachverständigenschlüssel 5:3:2:1:1.

5. Beschluss über die auswärtige Sitzung auf der REHACARE:

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, am 15. Oktober 2015 während der Herbstpause eine auswärtige Sitzung auf der „REHACARE“ durchzuführen. - Die Präsidentin des Landtags wird eingeladen, an dieser Sitzung teilzunehmen.

6. Sonderprogramm „Bildungsscheck“.

Bildungsscheck: Staatssekretär Dr. Wilhelm D. Schäffer begründet den Bewilligungsstopp bis Ende dieses Jahres.

* * *

P u n k t 2

Teilnahme einer Delegation am 80. Fürsorgetag in Leipzig vom 14. bis 18. Juni 2015

Vorsitzender Günter Garbrecht informiert, die Teilnahme sei zunächst für alle offen. Die Anmeldung solle bis Mitte November 2014 an das Ausschusssekretariat erfolgen. Wenn es überbordende Anmeldungen geben sollte, müsse noch einmal über ein Verteilerschlüssel gesprochen werden. Die Teilnahme umfasse alle Tage des Fürsorgetages.

Teilnahme einer Delegation am 80. Fürsorgetag in Berlin:
Die Teilnahme ist zunächst für alle Ausschussmitglieder offen. Wenn es überbordende Anmeldungen gibt, muss noch einmal über den Verteilerschlüssel gesprochen werden. Die Teilnahme umfasst alle Tage des Fürsorgetages. - Die Anmeldung soll bis Mitte November 2014 an das Ausschusssekretariat erfolgen.

P u n k t 3

Beschluss über ausstehende Anhörungen

Beschluss über ausstehende Anhörungen:

Der Ausschuss beschließt, folgende Anhörungen durchzuführen:

Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 16/5468: „Bürokratieabbau“: 4. Februar 2015 (Bedarfstermin), Beginn 10 Uhr. Pro Fraktion kann je ein Sachverständiger benannt werden.

Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 16/5288: „Zukunft der Geburtshilfe“: 4. Februar 2015, Beginn 13:30 Uhr. Pro Fraktion kann je ein Sachverständiger benannt werden.

Antrag der Fraktion der Piraten, Drucksache 16/5478: „Cannabis legalisieren - Drogenpolitik neu ausrichten“: 4. Februar

2015, Beginn 15:30 Uhr. Es sollen zehn Sachverständige, zwei pro Fraktion, gehört werden.

P u n k t 4

Beschluss über Sachverständige und Frist Anhörung 26. November 2014 zum „AG-SGB II NRW“

Vorsitzender Günter Garbrecht teilt mit, die Landesregierung habe lediglich die kommunalen Spitzenverbände im Rahmen dieses Verfahrens angehört. Der vorgeschlagene Anhörungsschlüssel gehe also weit über den Anhörungsschlüssel der Landesregierung hinaus.

Beschluss über Sachverständige und Frist Anhörung 26. November 2014 zum „AG-SGB II NRW“: Der Ausschuss beschließt einvernehmlich den vom Vorsitzenden für die Anhörung vorgeschlagenen Sachverständigenschlüssel 5:3:2:1:1.

P u n k t 5

Beschluss über die auswärtige Sitzung auf der „REHACARE“

Beschluss über die auswärtige Sitzung auf der REHACARE: Der Ausschuss beschließt einstimmig, am 15. Oktober 2015 während der Herbstpause eine auswärtige Sitzung auf der „REHACARE“ durchzuführen. - Die Präsidentin des Landtags wird eingeladen, an dieser Sitzung teilzunehmen.

P u n k t 6

Sonderprogramm „Bildungsscheck“

Matthias Kerkhoff (CDU) bezieht sich auf ein Schreiben des Ministeriums für Arbeit, Integration und Sozial bezüglich des vorzeitigen Auslaufens des Sonderprogramms „Bildungsscheck“. Diejenigen, die vor Ort Beratung durchführen würden, fühlten sich durch das Ministerium in ihrer Arbeit sehr eingeschränkt. Ein Ministerium könne doch nicht zehn Tage vor Ablauf einer Frist plötzlich mitteilen, dass nichts mehr gehe.